



Fraktion Die Linke/ Die PARTEI, Platz der Republik 9, 41515 Grevenbroich

Stadt Grevenbroich
Bürgermeister Klaus Krützen

Per E-Mail über Ratsbüro

Beate Blum-Rajebi
Fraktion Die Linke/ Die PARTEI
Platz der Republik 9
41515 Grevenbroich
Tel. 0211 9054650
fraktion@die-linke-grevenbroich.de

18. März 2026

Anfrage: Rüstungszentrum und Militarisierung in Grevenbroich

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Krützen,

die Fraktion Die Linke/ Die PARTEI bittet darum, die folgende Anfrage in die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung aufzunehmen.

In den letzten Wochen war aus der Presse (insbesondere der Rheinischen Post und dem WDR) zu entnehmen, dass Landeswirtschaftsministerin Mona Neubaur (Bündnis 90/Die Grünen) eine Absichtserklärung mit dem Rüstungskonzern Rheinmetall und dem Leichtbau-Hersteller Mubea unterzeichnet habe, demnach in NRW ein Rüstungszentrum errichtet werden solle. Das Ministerium bestätigte laut der Rheinischen Post, dass ebendieses Rüstungszentrum „ziemlich sicher“ im Rheinischen Braunkohlenrevier angesiedelt werde, dessen Teil bekanntlich auch Grevenbroich ist.

Weiter zitiert die RP Sie, Herrn Bürgermeister Klaus Krützen: „Wenn das Rheinische Revier als Standort für einen Hightech-Campus im Verteidigungsbereich ausgewählt wird, ist das zunächst eine bedeutende industriepolitische Entscheidung für unsere Region“. Dieser Aussage ist erst einmal zuzustimmen. Ihr ist aber nicht zu entnehmen, ob die Stadt dieses Projekt grundsätzlich positiv oder negativ bewertet. Diese intransparente Haltung von Seiten der Stadt ist besorgniserregend. Zu einer Militarisierung, die schon heute Millionen Menschen das Leben kostet, kann man nicht schweigen. Grevenbroicher*innen verdienen Klarheit.

Die Abkehr von fossiler Energie — auch bei uns — ist richtig, denn Nichtstun würde großen Schaden an Mensch und Umwelt anrichten. Und sie bleibt richtig, obwohl der Sektor der fossilen Energie tausende Arbeitsplätze birgt. Ähnlich darf auch ein potenzielles Rüstungszentrum in Grevenbroich nicht mit Arbeitsplätzen gerechtfertigt werden: Der Schaden, den die Kriegsindustrie Mensch und Umwelt zufügt, ist durch nichts zu rechtfertigen.

Das einzelne Vorhaben, potenziell ein Rüstungszentrum im Rheinischen Revier zu errichten, ist Teil einer breiteren, globalen Entwicklung in Richtung grenzenloser Aufrüstung — im kapitalistischen Interesse privater Unternehmen, mit dem Vorwand „Frieden durch Stärke“. Die Konsequenz dieser Aufrüstung ist schon heute zu beobachten: Entwertung von Diplomatie; offene Missachtung von Völkerrecht; Autoritarisierung im Inland;

finanzpolitische Verdrängung von Vorhaben, die den Menschen dienen; Militarisierung der Gesellschaft. Vor allem Letzteres muss Gegenstand kommunalpolitischer Gespräche und Maßnahmen sein. Wir müssen auch hier in Grevenbroich der Normalisierung von militärischen Mitteln entschieden entgegenwirken!

Anfrage

1. Wie beurteilt die Stadt grundsätzlich das Vorhaben der Landeswirtschaftsministerin Mona Neubaur, „ziemlich sicher“ ein Rüstungszentrum im Rheinischen Braunkohlenrevier anzusiedeln?
2. Wünscht sich der Bürgermeister, dass das Rüstungszentrum in Grevenbroich angesiedelt wird?
3. Ist die Stadt bereits in Gesprächen mit Vertreter*innen der Landesregierung, der Rüstungsindustrie oder anderen Stakeholder jeglicher Art über die Möglichkeit eines Rüstungszentrum in Grevenbroich? Wenn ja, mit wem, wann und mit welchem Inhalt? Welche Haltung nimmt die Stadt in diesen Gesprächen ein?
4. Macht sich der Bürgermeister stark für ein Forschungszentrum zu zivilen Zwecken (zum Beispiel zur Friedensforschung)? Wenn ja, wie?
5. Bestehen Kooperationen der Stadt Grevenbroich und/oder ihren Einrichtungen (z.B. Schulen) mit der Bundeswehr, Rüstungsunternehmen oder anderen Institutionen des Militärkomplexes? Wenn ja, welche?

Für die Beantwortung unserer Anfrage bedanken wir uns bereits vorab.

Mit freundlichen Grüßen



Beate Blum-Rajebi



Lisa Granderath



Andreas Pfaffenrot